1. Die Stadtverordnetenversammlung missbilligt die Vorgehensweise des Bürgermeisters, selbstständig relevante Umsetzungsinhalte der DS verändert zu haben, diesen Prozess aber nicht in notwendigem Umfang dem Stadtparlament kommuniziert zu haben.
2. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich grundsätzlich für das in der DS geplante Vorhaben eines Bürgerparkausweises und der Einrichtung von Parkzonen aus und anerkennt, dass die Veränderung einzelner Inhalte durch die Verwaltung einer optimierten und notwendigen Umsetzung diene und damit der Intention der DS im Sinne der Stadtverordnetenversammlung entsprach.
3. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass die relevanten Veränderungen der Umsetzungsinhalte den Stadtverordneten erläutert werden und diese darüber beraten können.

Begründung:

Zu 1.

Auf der Homepage der Stadt Raunheim sind die mit der Verabschiedung der DS 828 geplanten Bürgerparkausweiszonen veröffentlicht worden. Diese weisen jedoch in einigen Bereichen Veränderungen gegenüber der in DS 828 beinhalteten Auflistung der einzelnen Straßen auf.

Wenngleich die Verwaltung den mit der Verabschiedung durch die Stadtverordnetenversammlung einhergehenden Auftrag hat, **„die in der Vorlage dargestellten grundsätzlichen Planungen weiter zu verfolgen und zu konkretisieren“** (Grundsatzbeschluss DS 2019-620), so muss hier doch festgestellt werden, dass die erfolgten Veränderungen den verwaltungsüblichen Umfang inhaltlicher Konkretisierung weit auslegen. Das wäre insofern nicht zu beanstanden, wenn die StVV unter Angabe der sachlichen Gründe, die dafür ursächlich sind, davon in Kenntnis gesetzt würde.

Gerade aufgrund des für die Bevölkerung sehr relevanten Inhaltes Der DS – verbunden auch mit entsprechendem öffentlichem Interesse – ist es als sehr unglücklich zu bezeichnen, dass die StVV davon keine unmittelbare Kenntnis erhielt und so einer ihrer Aufgaben – der Vermittlung und Kommunikation politischen und nachgeordnet verwaltungstechnischen Handelns - nicht vollumfänglich nachkommen konnte.

Dies ist bedauerlich und entspricht nicht dem sonst üblichen Miteinander von Bürgermeister, Verwaltung und Parlament – gerade auch in Bezug auf den Informationsfluss.

Es entspricht ebenfalls nicht der Rolle, die seitens der StVV eingenommen werden muss.

Zu 2.

Die in den DS 2019-620 (Grundsatzbeschluss) und DS 2020-828 beschriebene Problematik (ortsfremde Nutzung des öffentlichen Verkehrsraumes in Raunheim) kann durch die in den Vorlagen beschriebenen Instrumente ‚Parkzeitbeschränkungen‘ und ‚Bürgerparkausweis‘ wirkungsvoll entgegnet werden.

Da gerade im Hinblick auf die Einführung des Bürgerparkausweises auch verwaltungstechnisches ‚Neuland‘ betreten wird, und die Gesamtmaßnahme große Teile des öffentlichen Verkehrsraumes in Raunheim umfassen, ist es nachvollziehbar, dass inhaltliche Veränderungen im Zuge der Konkretisierungen entstehen.

Dies umso mehr, da hierbei die Belange von Anliegern, involvierten Behörden (z. B. Straßenverkehrsbehörde) und einer rechtlichen Sicherheit beachtet werden mussten/müssen.

Zudem besteht seitens der Bevölkerung das nachvollziehbare Interesse, die Parkplatzsituation im öffentlichen Bereich zeitnah zu verbessern.

Deshalb sind folgende Konkretisierungsschritte von besonderer Relevanz:

- Rückmeldungen von Bürger*innen müssen weiterhin Beachtung finden und in das Gesamtkonzept einfließen
- Gleiches gilt für Untersuchungen und Eingaben der Stadtpolizei bzw. weiterer Behörden
- In der Erprobungsphase dürfen Verstöße nicht geahndet werden
- Es ist zu dokumentieren und auszuwerten, wie sich das Parkverhalten mit den geschaffenen Parkzeitzonen (auch im Hinblick auf die Kleinlaster) verändert hat
- Alle im Erprobungszeitraum erhaltenen Erkenntnisse müssen in eine dann aktualisierte Gesamtkonzeption eingehen
- Die StVV ist entsprechend zeitnah zu informieren und befindet dann über eine aktualisierte Satzung

Die bereits bestehende Möglichkeit für die Bürger*innen, einen Bürgerparkausweis zu beantragen, sollte weiterhin bestehen und entsprechend publik gemacht werden.

Zu 3.

Wie schon in den Punkten 1. Und 2. dargelegt, muss die StVV die Möglichkeit besitzen, über die in DS 2019-620 beschlossenen Maßnahmen weiterhin in die Entscheidungen eingebunden zu werden. Dies setzt eine zeitnahe Information voraus.